

Inforadar 35/36

Periode Januar bis Dezember 2020; versandt am 3. März 2021

Geschätzte Inforadarempfängerinnen und -empfänger

Coronabedingt erhalten Sie hier – (fast) zum Start der Frühlingssession 2021 - eine Liste mit «wasserpolitisch» mehr oder weniger Relevantem aus dem Jahr 2020, punktuell ergänzt in [] mit Angaben zu Beschlüssen im 2021. Eine besser strukturierte und erweiterte Übersicht werden wir dann im «Wasserpolitischen Jahresrückblick 2020» in der Mai-Ausgabe der Zeitschrift *Aqua und Gas* publizieren.

Wie immer erhebt die Liste keinen Anspruch auf Vollständigkeit und wie immer wünsche ich frohes Fischen in den mal seichteren, mal tieferen wasserpolitischen Gründen. Aus meiner Sicht für die **Eawag** besonders Relevantes ist mit diesem Signet bezeichnet:



Andri Bryner

Der Bundesrat...


- 12.2. / verabschiedet die [Botschaft zur Agrarpolitik 2022+](#). Darin enthalten sind auch ein Absenkpfad (minus 20% bis 2030) für Stickstoff und Phosphor sowie ein Massnahmenpaket, das dem Schutz des Trinkwassers dienen soll («informeller» Gegenvorschlag zu den beiden Volksinitiativen).
- 26.2. / nimmt Stellung zur Interpellation 19.4536 von Ursula Schneider Schüttel (sp/FR) über die [Finanzierung von Gewässerrevitalisierungen](#). Die Projekteingaben der Kantone würden mehr Bundesmittel erfordern.
- 26.2. / nimmt ablehnend Stellung zur Motion 19.4507 von Jean Pierre Grin (svp/VD) zur [Regulierung des Kormoranbestandes zum Schutz der Berufsfischerei und der Fischvielfalt](#).
- 26.2. / beantragt Ablehnung der Motion 19.4561 von Hansjörg Knecht (svp/AG), der verlangt, dass [weniger eingedolte Bäche offen gelegt](#) werden sollen, weil das für die Landwirtschaft zu Nachteilen führe (Behandlung in Urek SR ist ausstehend).
- 26.2. / nimmt Stellung zur Interpellation 19.4480 von Kathrin Bertschy (sp/SO) über den [Stickstoff-Absenkpfad](#) des Bundes. Er räumt ein, dass noch sehr viel Handlungsbedarf besteht und die bisher erfolgte Reduktion nicht annähernd ausreicht, um die Schutzziele zu erreichen.
- 3.4. / sendet [StromVG und EnG in Vernehmlassung](#). Gemäss [Medieninfo vom 11.11.](#) sind die Vorschläge mehrheitlich positiv aufgenommen worden. Nun soll bis Mitte 2021 ein «Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien» erarbeitet werden. Für die Gewässer relevant sind die Pläne zum weiteren Ausbau der Wasserkraft und zum Bau von mehr Pumpspeicherkapazität.
- 13.5. / beantragt Ablehnung der Motion 20.3125 von Baptiste Hurni (sp/NE) zur [Rettung der Berufsfischerei](#).
- 8.6. / antwortete auf die Anfrage von Aline Trede (grüne/BE) 20.5341 zu [Pyrethroiden und Organophosphaten in den Gewässern](#) (mit direktem Bezug zu Eawag Studie) siehe auch Antwort vom 16.3. auf die Anfrage Beat Jans (sp/BS) zur [Zulassung von Pyrethroiden und Organophosphaten](#)
- 8.6. / beantwortet Anfrage 20.5294 von Delphine Klopfenstein (Grüne/GE) zur [Erholungszeit von Invertebraten nach PSM-Belastung](#) im Zulassungsverfahren. Mit Verweise auf Eawag-Studie.
- 19.6. / beantwortet die Interpellation 20.3172 von Marie-France Roth Pasquier (cvp/FR) zum [Monitoring von SARS-CoV2 im Abwasser](#).

- 1.7. / setzt [Anpassungen im Lebensmittelrecht](#) in Kraft, die auch das Trinkwasser betreffen, insbesondere in Bezug auf Materialien, mit denen Trinkwasser in Kontakt kommt. Gute Übersicht in Aqua&Gas 7/8-2020, S. 79ff.
- 19.8. / nimmt Stellung zur PaIV 19.475 der WAK-S [Das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren](#) und präsentiert seine ergänzten, umweltbezogenen Pläne für die AP22+ («Trinkwasserpaket»), die aber mit Verweis auf die Inlandversorgung weniger weit gehen als diejenigen der WAK-S.
- 19.8. / verabschiedet die neue [Verordnung über die Sicherstellung der Trinkwasserversorgung in schweren Mangellagen](#) verabschiedet. Der Vollzug liegt weiterhin bei den Kantonen.
- 26.8. / nimmt Stellung zur Interpellation 20.3304 von Jürg Grossen (glp/BE) [Direktzahlungen stärker auf pflanzliche anstatt tierische Produkte ausrichten](#) - für Umwelt, Klima und Gesundheit
- 2.9. / beantragt Ablehnung der Motion 20.3494 von Nadine Masshardt (sp/BE) [Unterstützung für sauberes Trinkwasser](#) (Fonds für ev. nötige Aufbereitung, Schutz der Zuströmbereiche etc.)
- 2.9. / nimmt u.a. mit dem Verweis auf 3 neue Stellen beim Bafu aber auch auf die Aufgaben der Kantone Stellung zur Interpellation 20.3733 von Martina Munz (sp/SH) zum [Bummelvollzug bei der Gewässerrenaturierung durch Personalmangel](#)
- 14.10. / erhöht die Hürden für den [Export von in der Schweiz verbotenen Pestiziden](#) mit einer Änderung der ChemRRV.
- 4.11. / eröffnet die Vernehmlassung zur [Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030](#). Gewässer und Biodiversität sind Teile davon. Der BR fordert auch einen transparenten Umgang mit Zielkonflikten (z.B. zwischen Gewässerrevitalisierung und Gewässernutzung). [Ablauf Vernehmlassung 18.2.2021]
- 11.11. / beantragt Ablehnung der Motion 20.4168 von Jakob Stark (svp/TG), der für Zuckerrüben [Ausnahmen verlangt zur Verwendung von Neonicotinoiden](#) in der Saatgutbeizung. Der SR überweist die Motion an die WAK. Insgesamt sind über ein Dutzend Vorstösse im Zusammenhang mit dem Zuckerrübenanbau und der Zuckerproduktion pendent.
- 11.11. / setzt im Rahmen eines ganzen LWS-Verordnungspakets auch [Änderungen in der PSMV](#) in Kraft. Bezüglich Nachvollzug zum EU-Recht sind Fragen offen – vor allem, wie eigenständig die Schweiz in Zulassungsverfahren noch handeln kann. Sieh dazu auch Artikel in Saldo vom 2.12.: [Schweiz trödelt beim Verbot gefährlicher Pestizide](#).
- 18.11. / nimmt Stellung zur Interpellation 20.4184 von Nik Gugger (evp/ZH), dass die Schweiz dem [Globalen Abkommen zur Vermeidung von Plastikverschmutzung beitreten](#) bzw. sich im Kampf gegen Plastikverschmutzung stärker engagieren soll.
- 20.11. / beantragt Ablehnung der Motion von Werner Hösli (svp/GL) [übernommen von Jakob Stark (svp/TG)] 19.4374, der den [Gewässerraum zugunsten der landwirtschaftlichen Nutzung verkleinern](#) will. [Anmerkung: soll am 9.3.21 im SR behandelt werden, nachdem die UREK S am 14.1.21 teilweise gefolgt ist.]
- 25.11. / erklärt sich bereit, die Frage der [Plastikweitertgabe bei Wasserkraftwerken](#) zu prüfen; Motion 20.4233 Gabriela Suter (sp/AG) im Rahmen des noch hängigen Postulats [18.3196](#).
- 25.11. / beantragt Ablehnung der Motion [20.4154](#) von Kurt Fluri (fdp/SO), wonach das Solarstrompotential in Streitfällen bei der [Restwasserbemessung von Wasserkraftwerken](#) besser berücksichtigt werden soll.
- 25.11. / beantragt Ablehnung des Postulats 20.4087 von Christophe Clivaz (Grüne/VS) [Verunreinigung des Trinkwassers mit Chlorothalonil](#). Wie reagieren und wie die nötigen Sanierungen finanzieren? Siehe dazu auch weitere Vorstösse im Zusammenhang mit Chlorothalonil, v.a. das Postulat 20.3408 von Adèle Thorens (Grüne/GE): [Verunreinigung des Trinkwassers mit Chlorothalonil](#). Wie reagieren und wie die nötigen Sanierungen finanzieren?, welches der SR am 21.9. knapp abgelehnt hat. Auch Interpellation 19.4532 Tiana Moser (glp/ZH) [Folgen der Neubewertung der Chlorothalonil-Metaboliten](#), Motion 20.3022 Felix Wettstein


(grüne/SO): Finanzielle [Beteiligung des Bundes an den notwendigen Sanierungsmassnahmen](#) zur einwandfreien Trinkwasserqualität sowie Interpellation 19.4249 Kurt Fluri (fdp/SO) Haben wir in [Ackerbaugebieten bald ein Versorgungsproblem beim Trinkwasser?](#)

- 25.11. / nimmt Stellung zur Interpellation 20.4079 von Claudia Friedl (sp/SG) [Invasive Quagga-Muschel bedroht Ökosysteme und Trinkwasserfassungen](#).
- 25.11. / nimmt Stellung zur Interpellation 20.4032 von Jürg Grossen (glp/BE) [Fischsterben im Blausee](#). Wurde das Grundwasser durch Aktivitäten im Zusammenhang mit der Sanierung des Lötschberg-Scheiteltunnels verschmutzt?
- 4.12. / will den [Einsatz von Glyphosat reduzieren](#), wie er in der umfassenden Beantwortung des Postulats 17.4059 «Schrittweiser Ausstieg aus der Verwendung von Glyphosat. Zweckmässigkeit und Modalitäten» von Adèle Thorens Goumaz (Grüne/VD) bekräftigt.

2021

- 17.2.21 beantwortet die Interpellation 20.4708 von Michael Töngi (grüne/LU) zu finanziellen Anreizen des Bundes für eine eigentlich eh schon gesetzlich vorgeschriebene [Reduktion der Stickstoff- und Phosphoremissionen](#) (insbesondere für den Kanton Luzern).
- 17.2.21 nimmt Stellung zur Interpellation 20.4644 von Ursula Schneider Schüttel (sp/FR) zu [Biodiversitätsschädigenden Subventionen und Anreizen im Bereich Abwasserentsorgung](#)
-  24.2.21 beantragt mit Verweis auf laufende Arbeiten/Planungen mit Revitalisierungen die Ablehnung des Postulats 20.4696 von Fabien Fivaz (grüne/NE) zur [Eliminierung unnötiger Schwellen](#) in Schweizer Bächen und Flüssen.

Parlament

- 18.2. / APK-N begrüsst die Schwerpunkten des Bundesrates für seine [ausenpolitische Strategie für die Jahre 2020-2023](#). Besonders wichtig ist der Kommission die nachhaltige Entwicklung - und dabei das Engagement im Zusammenhang mit dem Klimawandel - sowie der Zugang zu Wasser für alle.
- 5.3. / SR erledigt die Interpellation 19.4396 von Thomas Minder (parteilos/SH) betreffend [im Genfersee abgelagerter Munition](#). Hinweise auf eine Gefährdung des Trinkwassers lägen bisher nicht vor, schrieb der BR.
- 10.3. / SR lehnt zwei Standesinitiativen von JU (18.308) und GE (18.319) gegen Unkrautvernichter ab.- Diese forderten ein [Verbot von glyphosathaltigen Produkten](#) respektive einen geordneten Ausstieg .
- 6.5 / SR weist die Motion 20.3407 von Beat Rieder (cvp/VS) an die UREK: [Investitionssicherheit für die Stromproduktion aus einheimischer Wasserkraft gewährleisten](#).
-  19.5. / UREK-NR lanciert eine Palv, 20.434 welche eine [Ökologische Aufwertung bei der Erneuerung von Wasserkraftkonzessionen](#) ins WRG einbauen will. Dies als Antwort auf die 2019 beschlossene Änderung des Referenzzustandes bei Neukonzessionierungen (und damit unter Umständen verunmöglichte Interessenabwägung zwischen Nutzung und Schutz eines Gewässers).
- 3.6. / NR Hannes Germann (svp/SH) zieht seine Motion 19.4637 zurück, mit welcher er einen konsequenteren Vollzug erhofft hatte bei der [Restwasserbemessung](#). Der Bundesrat hatte ablehnend Stellung bezogen.
- 11.6. / In den Fragestunden der Sommersession werden mehrere Fragen gestellt zu den [Pyrethroiden und Organophosphaten](#). Eine Zusammenfassung der Antworten im Anhang zu diesem Inforadar.
- 19.6. / NR erledigt Interpellation Martina Munz (sp/SH) 20.3072 für einen [klaren Absenkpfad für Stickstoff](#)

- 15.9. / SR lehnt Motion 20.3429 von Maya Graf (Grüne/BL) ab, [Integrales Wassermanagement für die Schweiz](#). BR verweist u.a. auf seine in Arbeit stehende Antwort zum Postulat Rieder "Wasserversorgungssicherheit und Wassermanagement. Grundlagenbericht" ([18.3610](#))
- 25.9. / NR erledigt die Interpellation 20.3172 von Marie-France Roth Pasquier (cvp/FR) zur [Nutzung des Abwassers für das Corona-Monitoring](#).
- 30.10. / Delphine Klopfenstein (Grüne/GE) verlangt in einer Interpellation 20.4298 Massnahmen gegen die [drohende Austrocknung des Vallon de l'Allondon](#) infolge des Baus eines Einkaufszentrums an der Grenze zur Schweiz.
- 17.11. / UREK-N beantragt die Motion 20.3625 von Roberto Zanetti (sp/SO) verändert anzunehmen: [Wirksamer Trinkwasserschutz durch Bestimmung der Zuströmbereiche](#). Neu sollen 40% der Kosten für die Bestimmung der Zuströmbereiche vom Bund subventioniert werden.
- 2.12. / SR erledigt die Interpellation 20.3992 von Céline Vara (Grüne/NE) [Neonicotinoide im Zuckerrübenanbau](#). Keinen Schritt zurück! (BR Parmelin verweist auf 4 Vorstösse, die Ausnahmen wollen. «On est toujours plus intelligent après.»)
- 10.12. / NR berät die PalV 19.475 der WAK-S: [Das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren](#), die zum «informellen Gegenvorschlag» zur Trinkwasserinitiative geworden ist. Gegen die Mehrheit der WAK-N wird der strengere Schutz nicht auf «relevante» Abbauprodukte von problematischen Pestiziden beschränkt. [Die WAK-S berät am 19.1.2021 die Differenzen, am 3. und 4.3.2021 soll das Geschäft im SR und NR bereinigt werden.] Vergleiche dazu auch die Beratungen zur PalV 19.430 von Beat Jans (sp/BS) [Konsequenter Schutz des Grund-, Trink-, Fluss- und Seewassers vor nachweislich schädlichen Pestiziden](#), die zuletzt vom NR und am 17.2.2021 auch von der UREK-S zugunsten der PalV 19.475 abgelehnt wurde.]
- 14.12. / SR legt [weitere Beratung der AP22+ auf Eis](#), bis Bundesrat in einem Postulatsbericht «Nachbesserungen» geliefert hat. [Gute Übersicht in der Sessionsvorschau NR Frühlingssession 2021, S. 101 ff]. Damit wird das Volk im Juni 2021 über die Trinkwasser- und die Pestizidinitiative abstimmen, ohne zu wissen, ob und wie verbindlich die Anliegen dieser zwei Begehren in der künftigen Agrarpolitik verankert werden.
- 17.12. / Interpellation 20.4661 Christophe Clivaz (Grüne/VS): [Übermässige Stickstoff- und Phosphoreinträge](#). Wann gibt es endlich griffige Massnahmen? [Antwort BR am 24.2.21]
- 17.12. / NR nimmt Motion 20.4261 der WAK-NR an: [Reduktion der Stickstoffeinträge aus den Abwasserreinigungsanlagen](#) – nicht nur auf die Landwirtschaft zielen, lautet die Devise.
- 17.12. / NR nimmt Motion 20.4262 der WAK-NR an: [Massnahmen zur Elimination von Mikroverunreinigungen für alle \(rund 740\) Abwasserreinigungsanlagen](#); der Bundesrat hat das Begehren mit dem Verweis auf die laufende Strategie Micropoll und die hohen Kosten (40 statt 9 CHF/Person) abgelehnt. Siehe zu beiden Motionen 4261 und 4262 auch den [Kommentar von SVGW Geschäftsführer Stefan Hasler](#).
- 18.12. / NR erledigt die Interpellation 20.4045 von Pierre-André Page (svp/FR) Qualität unseres Trinkwassers ([Landwirtschaft und Grundwasserschutzzonen](#))
- 18.12. / NR erledigt die Interpellation 20.4175 von Kilian Baumann (grüne/BE), wie der [Eintrag von Schad- und Fremdstoffen in Oberflächengewässer durch Drainagen](#) verringert werden kann. Der Bundesrat hat in seiner Stellungnahme auf einen möglichen Verzicht bei anstehenden Erneuerungen von Drainagen hingewiesen, aber v.a. auf Massnahmen im Rahmen der AP22+.
- 18.12. / NR erledigt die Interpellation 20.4126 von Daniela Schneeberger (fdp/BL), die einen [Fachausweis für Bootsfahrlehrer](#) verlangt und sich eine Stärkung von Sicherheit und Verantwortung beim Bootfahren davon verspricht.
- 18.12. / NR erledigt die Interpellation 20.4130 von Felix Wettstein (grüne/SO), der Daten über die [Verwendung synthetischer Pestizide ausserhalb der Landwirtschaft](#) sowie Instrumente zur Reduktion verlangt hatte.
- 18.12. / NR erledigt die Interpellation 20.4223 von Aline Trede (grüne/BE) zur [Kostenwahrheit in der Landwirtschaft](#)

- 18.12. / NR verschiebt Diskussion zur Interpellation 19.4531 von Tiana Moser (glp/ZH) über das Weiteres [Vorgehen nach der Evaluation des Zulassungsprozesses der Pflanzenschutzmittel](#) [am 17.2.2021 präsentiert der BR seine Massnahmen zur [Optimierung des Zulassungsverfahrens](#) mit neuen Zuständigkeiten zwischen BLV, Bafu und BLW].
- 18.12. / NR verschiebt Diskussion zur Interpellation 20.4018 von Valentine Python (grüne/VD) Wann werden die tatsächlichen [Risiken von toxischen synthetischen Molekülen](#) für die Gesundheit und die Biodiversität berücksichtigt? Die Interpellation fokussiert im Vorstoss auf Kombinationswirkungen (Cocktail Effekt).
- 18.12. / NR verschiebt Diskussion zur Interpellation 20.4032 von Jürg Grossen (glp/AG) zum [Fischsterben im Blausee](#). Wurde das Grundwasser durch Aktivitäten im Zusammenhang mit der Sanierung des Lötschberg-Scheiteltunnels verschmutzt? Der BR hat auf laufende Untersuchungen verwiesen.
- 18.12. / NR verschiebt Diskussion zur 20.4183 Interpellation von Ursula Schneider Schüttel (sp/FR) Ökonomie und Vorsorgeprinzip. [Überprüfungsrate von alten Pflanzenschutzmitteln](#). Der BR erwähnt in seiner Stellungnahme eine Rate von rund 20 Wirkstoffen pro Jahr.
- 18.12. / NR verschiebt Diskussion zur Interpellation 20.4193 von Martina Munz (sp/SH). [Erhöhtes Krebs- und Parkinson-Risiko durch Pestizide?](#) Der BR hat erwähnt in seiner Stellungnahme, dass die in der Landwirtschaft tätige Bevölkerung gesünder ist als der Durchschnitt, dass aber gewisse Krebsarten und neurodegenerative Krankheiten tatsächlich tendenziell häufiger vorkommen.
- 18.12. / NR verschiebt Diskussion zur Interpellation 20.4222 von Aline Trede (grüne/BE). Toxische [Pflanzenschutzmittel für Bienen, Gewässerlebewesen und Menschen](#). Was ist der Stand der Dinge? Der BR stellt in Aussicht, dass die Kriterien für die Zulassung von Produkten für nichtberufliche Verwender verschärft werden.

Verwaltung

- 21.1. / Das Bafu hat bis zum 20.4. den Entwurf zu einer [Vollzugshilfe «Ökologische Anforderungen an Wasserbauprojekte](#) gemäss Art. 4 WBG und Art. 37 GSchG» in Vernehmlassung geschickt. Die Auswertung der (offenbar sehr kontroversen Rückmeldungen) ist noch pendent.
- 23.1. / Das Bafu veröffentlicht ein [Handbuch für die Partizipation bei Wasserbauprojekten](#) (Hochwasserschutz und Revitalisierung).
- 23.1. / Das Bafu veröffentlicht einen Bericht: [Schwemmholz in Fließgewässern](#).
- 13.2. / An der 16. Rhein-Ministerkonferenz in Amsterdam verhandelt die Schweiz mit den anderen Rheinanliegerstaaten das neue [Programm «Rhein 2040»](#). Die Schweizer Delegation setzt sich u.a. für die Rückkehr des Lachses ein (die eigentlich bis 2020 geplant war).
- 18.2. / Das UVEK führt für 12 Pestizide, die für Wasserlebewesen besonders problematisch sind, strengere, [stoffspezifische Grenzwerte](#) ein. Erstmals werden auch für drei Arzneimittel Grenzwerte festgelegt. Die revidierte Gewässerschutzverordnung tritt am 1. April 2020 in Kraft.
- 13.3. / Das Bafu stellt sein [Forschungskonzept Umwelt für die Jahre 2021–2024](#) vor, u.a. mit einem Schwerpunkt Mikroplastik (p. 24).
- 19.5. / Das VBS präsentiert den Bericht zum Explosivstoffmonitoring 2019 mit dem Titel: [Keine negative Beeinflussung des Seewassers durch Munition](#); (Thuner-/Brienzer-/Vierwaldstättersee).
- 12.8. / Das Bafu stellt eine neue Vollzugshilfe vor zur [Berechnung von Schäden bei Fischsterben](#) in Fließgewässern.
- 14.9. / Das BLV sendet den Kantonen eine [neue Weisung in Bezug auf Chlorothalonil](#) und dessen Metaboliten. [siehe dazu Entscheid des Bundesverwaltungsgerichts vom 18.2.2021].

Gerichte

- 24.3. / Das Bundesgericht heisst die Beschwerde von Umweltverbänden gut, die sich [gegen einen neuen Wanderweg durch die Vorderrheinschlucht](#) (Ruinaulta) gestellt hatten. Es gewichtet den Schutz des Flussuferläufers höher als das Freizeitvergnügen von Wandernden. Urteil: 1C_595/2018 (siehe auch Bafu Magazin [umwelt 4/2020](#), S. 43).
- 27.10. / Das Verwaltungsgericht Kanton Aargau entscheidet, dass [belastetes Sediment aus dem Klingnauer Stausee](#) nicht einfach weggespült sondern entsorgt werden muss.
- 29.11. / Das Bundesgericht urteilt, dass vor einer allfälligen [Erhöhung der Grimsel-Staumauer eine fundierte Auseinandersetzung mit den dem Projekt entgegenstehenden Interessen](#) des Natur- und Landschaftsschutzes stattfinden müsse. Das habe der Kanton Bern bisher versäumt. Ausserdem sei auch eine Koordination mit dem geplanten neuen Stausee in der Trift erforderlich.
- 18.2.21 / Das Bundesverwaltungsgericht heisst die Klage von Syngenta wegen [Chlorothalonil und dessen Metaboliten](#) teilweise gut: BLV muss seine Weisung vom Web nehmen.

Weiteres / Kantone / Ausland

- 13.1. / Die Europäische Kommission hat nach einer Beurteilung durch die EFSA beschlossen, die [Zulassung für Thiacloprid per Ende April zu beenden](#). In der Schweiz sind Produkte mit diesem Wirkstoff aus der Gruppe der Neonicotinoide noch zugelassen - sie sollen erst mit der weiteren Umsetzung des AP-PSM wegfallen.
- 22.1. / Der EU-Umweltausschuss erlässt neue Vorschriften zur [Förderung der Wasserwiederverwendung in der Landwirtschaft](#) – vor allem soll gereinigtes Abwasser zur Bewässerung eingesetzt werden können.
- 27.2. / Der Zürcher Regierungsrat stellt die [Neuaufgabe des Zürcher Wassergesetzes](#) vor; nach der Ablehnung im Februar 2019 an der Urne diesmal mit einem Verbot der (Teil-)Privatisierung von Wasserversorgungen und ohne Einschränkung von bundesrechtlich vorgeschriebenen Gewässerrevitalisierungen.
- 9.6. / Mehrere Wasserwirtschaftsorganisationen stellen sich in Nordrhein Westfalen [gegen eine Schmälerung des minimalen Gewässerabstandes](#) von 10 Metern.
- 30.6. / Ein umfangreiches [Dossier Spurenstoffe im Wasserkreislauf](#) aus Deutschland zeigt auf, wie unser Nachbar gegen Mikroverunreinigungen kämpft, zum Beispiel mit dem Ausbau der ARAs, aber auch mit einer Verschärfung der Herstellerverantwortung.
- 15.11. / Die Bodenseefischer lancieren eine [Petition gegen Netzgehege im See](#). Gleichzeitig wird bekannt, dass – bezogen auf alle Schweizer Seen - die [Felchenfangerträge](#) nicht derart stark eingebrochen sind, wie am Bodensee.
- 29.11. / Die Seeländer Wasserversorgung bestellt eine [Osmoseanlage zur Eliminierung von Chlorothalonil](#) und prüft eine Haftungsklage.

Ausblick:

- 13. Juni 2021: Volksabstimmung über die beiden Initiativen (Trinkwasser- und Pestizidinitiative).
- Das Zulassungsverfahren für PSM wird neu geregelt. Wie der Entscheid des BR vom 17.2.21 (neu federführend BLV) sich auswirkt, ist noch offen.
- Das Ringen um den besseren Schutz der Schutzzonen und Zuströmbereiche geht weiter. Siehe dazu u.a. Antwort auf Anfrage Manuela Weichelt-Picard (grüne/ZG) 20.5471: Festlegung Zuströmbereich. [Wegfall von Direktzahlungen für Betriebe mit zu hohen Tierbeständen](#)

- Umgang mit Metaboliten: Der Grundsatzentscheid des Bundesverwaltungsgerichts im Fall Chlorothalonil (Syngenta) ist noch offen. Der Entscheid vom 18.2.2021 ist nur ein Teilentscheid.
- Fortsetzung des [Einsatzes gegen übermässige Stickstoff- und Phosphoreinträge](#), resp. für griffige Massnahmen. Siehe dazu Vorstoss 20.4661 von Christophe Clivaz (grüne/VS) a. <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20204661>)
- Die Praxis mit der neuen Definition des Referenzzustandes, bzw. der Bemessung von Aufwertungs- und Ersatzmassnahmen bei Neukonzessionen ist noch nicht etabliert. Hier kommt es allenfalls auch zu Gerichtsfällen.
- Die Praxis mit der neuen Situation bezüglich Ablösung ehehafter Rechte bei Wasserkraftanlagen ist noch nicht etabliert. Die Wasseragenda21 erarbeitet - insbesondere zusammen mit den Kantonen - Grundlagen zu möglichen Vorgehensweisen. Siehe dazu eine preliminäre [FAQ-Zusammenstellung](#).

Anhang: Fragen an den Bundesrat in der Sommersession (vor allem im Zusammenhang mit Pyrethroiden und Organophosphaten)

Fragen an der Bundesrat SoS 20 - EAWAG

SoS20: Fragen an den Bundesrat 1. Woche

Nummer	UrheberIn	Geschäftstitel	
20.5341	Aline Trede	Welche Schlüsse zieht der Bundesrat aus der Untersuchung der EAWAG und was unternimmt er?	
<p>Die EAWAG fand in diversen Bächen Konzentrationen von Pyrethroid- und Organophosphat-Insektiziden, die - sofern sie in Gewässer gelangen - für Fische und wirbellose Gewässerlebewesen offenbar ein hohes Risiko bergen.</p> <ul style="list-style-type: none"> - War dieses Risiko bei der Zulassung der Stoffe bereits vorhersehbar? <p>Wenn ja, wie wurde es berücksichtigt?</p> <ul style="list-style-type: none"> - Würden diese Stoffe heute noch zugelassen? - Welche Schlüsse zieht der Bundesrat aus der Untersuchung der EAWAG, insbesondere betreffend die Anpassung der Zulassung? 			
<p><i>Wie in der Antwort auf die Fragen 20.5148 und 20.5159 erwähnt, wurde ein Überprüfungsverfahren für alte Pflanzenschutzmittel eingeführt, um zu prüfen, ob die derzeitigen Voraussetzungen für die Erteilung einer Zulassung noch erfüllt sind. Synthetische Pyrethroide werden derzeit einem Überprüfungsverfahren unterzogen. Es ist jedoch noch zu früh, um den Ausgang dieses Verfahrens bekannt zu geben. Das letzte Organophosphat, Dimethoat, wird am 1. Juli dieses Jahres vom Markt genommen.</i></p> <p>Übersetzt</p>			
20.5339	Kathrin Berschy	Wie steht es mit den Risiken und der Toxizität von Pyrethroiden und Organophosphaten für Insekten?	
<p>Die EAWAG hatte im November 2019 nachgewiesen, dass die Risiken für Gewässerorganismen, die bereits von minimalen Konzentrationen von Pyrethroid- und Organophosphat-Insektiziden ausgehen, das Risiko aller anderen Pflanzenschutzmittel übertreffen kann.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Wie hoch schätzt der Bundesrat die Risiken von Pyrethroiden und Organophosphaten für Insekten ein? - Zum Beispiel im Vergleich mit den bereits verbotenen Neonicotinoiden? - Wie und in welchem Zeitraum gedenkt er zu handeln? 			
<p><i>Wie in der Antwort auf die Fragen 20.5148 und 20.5159 erwähnt, wurde ein Überprüfungsverfahren für alte Pflanzenschutzmittel eingeführt, um zu prüfen, ob die derzeitigen Voraussetzungen für die Erteilung einer Zulassung noch erfüllt sind. Synthetische Pyrethroide werden derzeit einem Überprüfungsverfahren unterzogen. Es ist jedoch noch zu früh, um den Ausgang dieses Verfahrens bekannt zu geben. Das letzte Organophosphat, Dimethoat, wird am 1. Juli dieses Jahres vom Markt genommen.</i></p> <p>Übersetzt</p>			
20.5291	Niklaus-Samuel Gugger	Wie viele bzw. welche synthetischen Pyrethroide und Organophosphate sind in der Schweiz heute zur Anwendung zugelassen?	
<p>Bei Untersuchungen der EAWAG zeigte sich, dass durch Pyrethroid- und Organophosphat-Insektizide höhere Risiken für wirbellose Kleinorganismen in Bächen ausgelöst werden, als durch alle anderen gemessenen Pestizide zusammen - im Extremfall bis zu 50-mal. Ich bitte den Bundesrat, folgende Frage zu beantworten (siehe auch 20.5160):</p> <ul style="list-style-type: none"> - Wie viele synthetische Pyrethroide und Organophosphate sind heute zugelassen und wie heissen sie? - In wie vielen Mitteln für die Hobby-Anwendung sind sie enthalten? 			
<p><i>Wie in der Antwort auf Frage 20.5159 erwähnt, sind derzeit 7 synthetische Pyrethroide zugelassen. Sie sind: Bifenthrin, Cypermethrin, Alpha-Cypermethrin, Deltamethrin, Ethofenprox, Lambda-Cyhalothrin, Zeta-Cypermethrin. Der letzte noch zugelassene Organophosphor, Dimethoat, wird am 1. Juli dieses Jahres vom Markt genommen. Für nicht-professionelle Anwendungen sind 6 cypermethrinhaltige Produkte und 4</i></p>			

Produkte, die Lambda-Cyhalothrin enthalten, zugelassen. Darüber hinaus sind 22 Produkte zugelassen, die natürliches Pyrethrin enthalten.

Übersetzt

[20.5294](#)

Delphine Klopfenstein
Broggini

Risques chroniques des pesticides. Quelle est la durée des phases de récupération pour les invertébrés, selon l'homologation ?

Die nach internationalen Vorschriften zulässige Erholungszeit liegt zwischen einigen Tagen und einigen Wochen. Sie variiert je nach den getesteten Wasserorganismen. Die Stofffamilien haben unterschiedliche Auswirkungen auf verschiedene Wasserorganismen. Aus diesem Grund werden die Risiken im Rahmen des Registrierungsverfahrens für jeden Stoff unabhängig bewertet. Die EAWAG hingegen berechnet die Gesamtzeit, während der die gemessenen Stoffe ein Risiko für die verschiedenen Wasserorganismen darstellen. Um die Häufung von Risikoperioden zu reduzieren, schlägt der Bundesrat vor, im Rahmen der Agrarpolitik ab 2022 Massnahmen zu ergreifen, um die Emission von Pflanzenschutzmitteln in die Gewässer zu verringern und die Verwendung von Produkten, die ein hohes Risiko für Wasserorganismen darstellen, einzuschränken.

Übersetzt

[20.5290](#)

Niklaus-Samuel Gugger

Wie viele bienengefährliche Pestizide sind für die Hobbygärtnerei zugelassen?

Am 7. Mai 2019 berichtete eine Vertreterin der EAWAG in der Sendung Kassensturz über ein Insektizid, das Hobby-AnwenderInnen in der Landi problemlos kaufen können. Nur gerade 10 ml davon können in einem Bach von einem Meter Breite, auf bis zu zwei Kilometern Länge die Hälfte aller Bachflohkrebsse töten. Ist dieses Produkt für die Laienanwendung immer noch zugelassen?
Sind für Hobby-Anwender weitere, ebenso bienengefährliche Pestizide erhältlich oder gar noch toxischere und wenn ja, wie viele?

Das fragliche Produkt, das in der Ausstellung erwähnt wird, der Gesal-Insekten-Stop, ist immer noch im Verkauf. In der Gebrauchsanweisung für dieses Produkt heisst es, dass es für Wasserorganismen gefährlich ist und bei der Anwendung nicht ins Wasser gelangen darf. Gegenwärtig umfasst die Liste der zur Verwendung durch Laien zugelassenen Produkte 356 Produkte. 48 dieser Produkte sind für Bienen gefährlich - 28 von ihnen sind für den ökologischen Landbau zugelassen. Pflanzenschutzmittel sind gegen Schadinsekten oder Pflanzenkrankheiten wirksam und können Nebenwirkungen auf andere Organismen haben. Aus diesem Grund ist es notwendig, bei der Verwendung die Anweisungen auf der Verpackung zu befolgen.

Übersetzt

[20.5343](#)

Martina Munz

Warum sind giftige und sehr giftige Pestizide für Hobbygärtner immer noch zugelassen?

Laut Schätzungen der EAWAG landen im Siedlungsgebiet sind bis zu 3 Prozent der ausgebrachten Pestizide in Gewässern, wo sie eigentlich nicht hingehören. Darunter sind auch Pflanzenschutzmittel, die für Gewässerlebewesen giftig bzw. sehr giftig sind.

- Seit wann weiss der Bundesrat um die Probleme von Pestiziden in Laienhänden?

- Warum sind solche giftigen und sehr giftigen Pestizide für Hobbygärtner immer noch zugelassen?

Der Bundesrat hat bereits Massnahmen zur Begrenzung der mit der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln durch Laien verbundenen Risiken ergriffen und wird dies auch weiterhin tun. Eine Liste von Produkten, die für eine solche Verwendung zugelassen sind, wurde bereits veröffentlicht. Als Teil des Agrarverordnungs pakets 2020 sieht eine neue Bestimmung in der Pflanzenschutzmittelverordnung ein Verbot des Verkaufs von Produkten für den professionellen Gebrauch an Hobbygärtner vor. Schliesslich sollen im Rahmen des Aktionsplans für Pflanzenschutzmittel die Kriterien für die Registrierung von Produkten für den nicht-professionellen Gebrauch verschärft werden. Das Bundesamt für Umwelt und das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen bereiten derzeit diese neuen Kriterien vor. Eine Konsultation ist für 2021 geplant.

Übersetzt

SoS20: Fragen an den Bundesrat 2. Woche

Nummer	UrheberIn	Geschäftstitel	
20.5511	Regula Ritz	Ist der Bundesrat der Meinung, das BLW komme als Zulassungsstelle für Pestizide noch in Frage?	
<p>Die KPMG-Evaluation zum Zulassungssystem PSM kritisiert in klaren Worten die unzureichende Trennung von Risikobeurteilung (Agroscope) und Risikomanagement (BLW) sowie den fehlenden Einbezug des BAFU bei der Beurteilung der PSM-Produkte. Die Dominanz von BLW und Agroscope haben uns die letzten Jahre gravierende Umweltprobleme mit Stoffen wie Neonicotinoide, Chlorothalonil oder Pyrethroide beschert.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Ist der Bundesrat der Meinung, das BLW komme als Zulassungsstelle noch in Frage? - Wenn ja, warum? 			
<p><i>Die KPMG hat den Evaluationsbericht zum Zulassungsverfahren Pflanzenschutzmittel am 12. November 2019 vorgelegt. Der Steuerungsausschuss für Chemikalien und Pflanzenschutzmittel hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, welche die Empfehlungen des KPMG-Berichts analysiert und Verbesserungsvorschläge für die Optimierung des Zulassungsverfahrens ausarbeitet. Die Arbeitsgruppe setzt sich aus Vertretern von Agroscope, den Bundesämtern für Umwelt, Gesundheit, Landwirtschaft sowie Lebensmittel und Veterinärwesen und dem Staatssekretariat für Wirtschaft zusammen. Analyse und Optimierung haben sich an den 10 Handlungsempfehlungen gemäss KPMG-Bericht zu orientieren. Die erste Handlungsempfehlung betrifft unter anderem die organisatorische Zuordnung der Zulassungsstelle. Dazu wurden verschiedene Varianten erarbeitet, die das heutige System verbessern sollen. Die Ergebnisse werden dem Steuerungsausschuss nächstens unterbreitet. Auf dieser Basis wird der Steuerungsausschuss dem Bundesrat Vorschläge zur Optimierung des Zulassungsverfahrens unterbreiten.</i></p>			
20.5492	Aline Trede	Wie viele für Gewässerlebewesen gefährliche Pestizide sind für die Hobbygärtnerei zugelassen?	
<p>In der Sendung Kassensturz vom 7. Mai 2019 berichtete eine Vertreterin der EAWAG über ein zugelassenes Insektizid, von dem nur gerade 10 ml, in einem Bach von 1 Meter Breite, auf ein bis zwei Kilometern Länge die Hälfte aller Bachflohkrebse töten kann.</p> <p>Ich bitte den Bundesrat auszuführen, wie viele für Gewässerlebewesen gefährliche bzw. sehr gefährliche Pestizide heute zugelassen sind und wie viele davon für den Gebrauch durch Hobbygärtner.</p>			
<p><i>Die Liste der Produkte, die zur Verwendung durch Laien zugelassen sind, umfasst derzeit 356 Produkte. 74 Produkte sind hochgradig gefährlich für Wasserorganismen und 68 sind gefährlich für Wasserorganismen. Pflanzenschutzmittel sind gegen schädliche Insekten und Unkräuter wirksam. Sie können Nebenwirkungen auf Wasserinsekten oder Algen haben. Aus diesem Grund ist es notwendig, bei der Verwendung die Hinweise auf der Verpackung zu beachten.</i></p>			
20.5471	Manuela Weichelt Picard	Festlegung Zuströmbereich (Zo) (Art. 29 Abs. 1 lit. d GSchV, 18.5.2005); Wegfall von Direktzahlungen (DZ) für Betriebe mit zu hohen Tierbeständen (Anhang I lit. 2.1.6 DZ-Verordnung, 29.10.2014)	
<p>Seit 15 Jahren muss(t)en die Kantone den Zuströmbereich Zo überdüngter und übermässig mit sogenannten Pflanzenschutzmitteln belasteter Gewässer bezeichnen; Betriebe mit zu hohen Tierbeständen in den Zo haben seit bald 6 Jahren keinen Anspruch auf DZ mehr.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Wie kontrolliert der Bund die zeit- und sachgerechte Festlegung der Zo? - Hat er bei den überdüngtesten Schweizer Seen Handlungs- und Sanktionsmöglichkeiten? - Was wenn ein Kanton den bereits festgelegten Zo wieder aufhebt? 			
<p><i>Ein Landwirtschaftsbetrieb im Zuströmbereich eines Sees, bei dem zu hohe Phosphor-Mengen in den See abgeschwemmt werden, darf maximal 80 Prozent des Phosphorbedarfs seiner Kulturen düngen, um Direktzahlungen zu erhalten. Dies gilt aber nur für diejenigen Betriebe, auf denen mit dem Hofdünger mehr Phosphor anfällt als der Phosphorbedarf der Kulturen beträgt. Die von dieser Regelung betroffenen Landwirtschaftsbetriebe können den überschüssigen Hofdünger an andere Betriebe abgeben. Sie erhalten dann weiterhin im vollen Umfang Direktzahlungen. Dasselbe gilt, wenn der Betrieb nachweisen kann, dass er über keine Böden verfügt, die mit Phosphor übersorgt sind. Der Bund prüft die sachlich richtige Festlegung des Zuströmbereichs Zo mit Blick auf die knappen personellen Ressourcen nur dann, wenn ein Kanton ein</i></p>			

Projekt nach Artikel 62a Gewässerschutzgesetz zur Sanierung eines Oberflächengewässers beim Bund einreicht. Sanktionsmöglichkeiten sieht das Gewässerschutzrecht generell nicht vor. Hebt ein Kanton einen festgelegten Zuströmbereich auf, obwohl das Gewässer noch nicht saniert ist, würde der Bund im Rahmen seiner aufsichtsrechtlichen Möglichkeiten auf den Kanton einwirken.